



Magazin der JUNGEN GRUPPE (GdP) RP, Ausgabe No10, April 2006

# VOLLES ROHR

Quer geschossen +++ Mehr wissen: JG-Seminare 2006 +++ Mehr Spaß: Die nächsten Partys +++ Mehr Sieger: JG Tipp-Kick Meisterschaft +++ 27. Studiengang & Kostendämpfungspauschale +++ GdP Internetpräsenz für jeden +++ Recht auf lange Haare +++ Klarstellung +++ Personal +++ Kamerasystem für Polizeihubschrauber +++ Arm trotz Arbeit +++

V.i.S.d.P.: Jeder ist für seinen Artikel selbst verantwortlich.  
 JUNGE GRUPPE (GdP), Nikolaus-Kopernikus Straße 15, 55129 Mainz +++ Kontakt: vollesrohr@gdp-rp.de

## [Quer geschossen]

Die bösen Gewerkschaften haben nach Meinung der Landesfürsten wegen 18 Minuten längerer Arbeitszeit pro Woche im öffentlichen Dienst zum Streik aufgerufen. Ärgerlich, dass es tatsächlich um Stellenabbau und Kürzung von Leistungen in Zeiten höchster Arbeitslosigkeit geht, aber das stellt man in der Öffentlichkeit lieber nicht so dar. Nein, der moderne Politiker ist darauf trainiert, spezialisiert und fixiert, sich lieber selbst gut darzustellen. So schert dann auch einer mal gern aus der Front der Landeschefs aus und spricht von notwendigen Kompromissen im Tarifstreit. Den kennen wir! Das ist derselbe Mensch, unter dem u.a. die Verlängerung der Lebensarbeitszeit und die Streichung von Urlaubsgeld für Polizisten beschlossen wurden. An dieser Stelle herzlichen Glückwunsch zur Wiederwahl!

Kompromiss hin oder her: Die soziale Schraube wird nach Meinung aller weiter nach unten gedreht werden, damit...damit – ja klar: Damit es Deutschland wieder besser geht!

Unserem Deutschland, dem Deutschland, das auch bei „Null Toleranz“ „geil“ ist. Wer soll den schwarz-weiß-roten Schwachsinn denn abnehmen? Obwohl – das Abhängen der in luftiger Höhe angebrachten Plakate könnte man (nach VolksPC und VolksRente) als neuen VolksSport deklarieren; und dann „raus damit“.

Themenpolitisch mehr draußen als drinnen ist auch unsere Bundesaußenkanzlerin. Das macht aber nichts, dafür holt Herr Schäuble die Bundeswehr auch ohne die WM-Hintertür in die innere Sicherheit rein.

Aber Vorsicht Herr Schäuble: Rein darf nur jener, welcher den Einbürgerungstest besteht! Prinzipiell erscheint es ja richtig, dass sich Einbürgerungswillige über das Land informieren, das die neue Heimat werden soll. Aber Hand aufs Herz: Multiple-Choice-Tests fragen nur Wissen ab, nicht die Gesinnung. Ok, ok, sollte man nicht zu sehr kritisieren, sonst gibt's noch eine Unterlassungsklage. Hauptsache, wir haben was zu der Thematik getan!

Tun müssten auch einige Deutsche was, wollten sie nicht nach der Teilnahme am Hessentest ausgebürgert werden. Zum Glück waren die diesbezüglichen Umfragen nicht repräsentativ, denn offiziell ist jetzt ja bewiesen: Rheinland-Pfalz hat in PISA aufgeholt. Zugegeben, die paar Kids, die da noch mangels körperlicher Existenz weiteren Nachwuchs teilnehmen konnten, waren Hochbegabte. Ohne PISA wäre es vielleicht gar nicht aufgefallen, dass die Deutschen mit 8 Geburten auf 1.000 Einwohner aussterben. Wäre es doch? Ja klar, weil es bald keine staatlichen Renten mehr gibt und alles dreifach besteuert wird. Dabei müsste man die Renten doch nur abschaffen und lebenslänglich arbeiten. Würden zwar keine Stellen frei, aber die braucht ja auch niemand, wenn es am Nachwuchs fehlt. Und die innere Sicherheit wäre auch nicht gefährdet, weil wenn 70jährige Polizisten 70jährigen Bankräubern mit Gehhilfe hinterher stolpern ist das fair.

Es grüßt  
 Euer Thomas Sinner, Stellv. Landesjugendvorsitzender

## [MEHR WISSEN: JG Seminare 2006] (von tom)



Wie jedes Jahr führen wir auch 2006 wieder interessante Seminare durch, zu denen wir euch herzlich einladen! Die Unkosten für Anfahrt, Unterbringung und Verpflegung übernimmt die GdP. Für die Teilnahme könnt ihr Sonderurlaub antragen. Die Anmeldung und mehr Infos zu den Seminaren findet ihr im Internet unter <http://www.gdp.de/JungeGruppe> und dort unter dem Punkt Aktuelles.

### **Seminar: Das neue Aufenthaltsgesetz - Veränderungen und Chancen**

**Termin: 17. Juli 2006, Hamburg**

Beschreibung: Welche Neuerungen gibt es und was für Veränderungen bringt dies für die Behörden und Betroffenen mit sich? Wie wird Sicherheitsaspekten Rechnung getragen (Kriminalität, Terrorismus)?

### **Seminar: Fit im Job - 1**

**Termin: 21. August 2006, Am Meer**

Beschreibung: Gesund im Beruf

Rücken-, Bauch- und Kopfschmerzen nach anstrengenden und stressreichen Arbeitstagen sind beinahe jedem bekannt. Zur Regeneration bleibt kaum Zeit. Häufige Auslöser sind starker Stress, falsche Ernährung, aber auch eine falsche Körperhaltung sowie eine unzureichende Ernährung. Dieser, für Körper und Geist unzumutbarer, Situation gilt es aktiv entgegenzutreten!

In Kombination mit einer Reihe von Tipps und Übungen rund um die Entspannung und eine Reihe von Informationen über eine gesunde und ausgewogene Ernährung und Fitness im Berufsleben runden das Seminar ab.

### **Seminar: Fit im Job - 2**

**Termin: 24. August 2006, In den Bergen**

Rücken-, Bauch- und Kopfschmerzen nach anstrengenden und stressreichen Arbeitstagen sind beinahe jedem bekannt. Zur Regeneration bleibt kaum Zeit. Häufige Auslöser sind starker Stress, falsche Ernährung, aber auch eine falsche Körperhaltung sowie eine unzureichende Ernährung. Dieser, für Körper und Geist unzumutbarer, Situation gilt es aktiv entgegenzutreten!

In Kombination mit einer Reihe von Tipps und Übungen rund um die Entspannung und eine Reihe von Informationen über eine gesunde und ausgewogene Ernährung und Fitness im Berufsleben runden das Seminar ab.

### **Seminar: Zukunft öffentlicher Dienst (Seminar der JG Rheinland-Pfalz)**

**Termin: 28. bis 29. September 2006, Mosel Hotel Peifer**

Beschreibung: Wie geht es weiter mit dem öffentlichen Dienst? Wie wirkt sich die Föderalismusreform aus? Wie steht es um die späteren Pensionen? Diese und andere Fragen wollen wir aufarbeiten und diskutieren.

**Seminar: Polizeien in Europa**

**Termin: 16. bis 19. Oktober 2006, Zürich**

Beschreibung: Die nächste Station führt die JUNGE GRUPPE nach Zürich. Hier wollen wir die Arbeitsweise der Zürcher Stadtpolizei kennen lernen und uns über die Auswirkungen der EU auf die Arbeitsbedingungen der Polizei informieren.

**[MEHR SPAß: Die nächsten Partys] (von tom)**

Das nächste **Blaulicht-Milieu** lässt leider noch etwas auf sich warten, ist es derzeit doch schwieriger als gedacht, eine für unsere Ansprüche geeignete Örtlichkeit zu finden. Wir peilen jedoch einen Termin nach der WM an.



Die **Start-Up Party** in Enkenbach zur Begrüßung der neuen KollegInnen findet am 23.05.2006 statt.

**[MEHR SIEGER: JG Tipp-Kick Meisterschaft] (von sabrina)**

Am 02.02 dieses Jahres fand im Rosinenbomber am Standort Flughafen Hahn das Tipp-Kick-Turnier der JUNGEN GRUPPE (GdP) Rheinland-Pfalz statt.



Der Landesmeister Sebastian Kühnast zusammen mit der Landesvizemeisterin Karina Faltin (Beisitzerin LJV).

In gemütlicher und fairer Atmosphäre wurde ein Landesmeister ermittelt. Nach einem knappen Rennen konnte Sebastian Kühnast (28. Studiengang) als Landesmeister das Turnier für sich entscheiden. Dicht gefolgt von dem Vorstandsmitglied Karina Faltin ließ er sich den Sieg nicht nehmen.

„Ich freue mich schon jetzt darauf, im März zur Bundesmeisterschaft nach Berlin zu fahren“, so der Landesmeister Sebastian Kühnast.

„Wir wünschen unserem Tipp-Kick-Meister viel Glück und hoffen, dass er auch in Berlin das Turnier für sich entscheiden kann und den Titel des „Bundesmeisters“ mit nach Rheinland-Pfalz bringt, so die stellvertretende Landesjugendvorsitzende Melanie Hahmann.

Die Landeschefin der JUNGEN GRUPPE (GdP) – Sabrina Kunz – zieht für die bisherige Arbeit der JUNGEN GRUPPE (GdP) im Land positive Bilanz: „Es hat wieder einmal richtig Spaß gemacht, mit den engagierten Mitgliedern des Vorstandes

das Turnier zu organisieren und durchzuführen und ich freue mich schon jetzt auf die nächste Aktion der JUNGEN GRUPPE (GdP) im Land.“ Wir dürfen gespannt sein!

### [27. Studiengang: Kostendämpfungspauschale] (von gdp-geschäftsstelle)

Empfänger von Anwärterbezügen sind nach der Beihilfeverordnung von der Kostendämpfungspauschale ausgenommen.

**Doch Achtung:** Maßgeblicher Zeitpunkt für die Festlegung der Höhe der Kostendämpfungspauschale sind die Verhältnisse, welche bei der erstmaligen Stellung eines Beihilfeantrages herrschen. Dies bedeutet, dass die Kostendämpfung nur dann nicht zur Anwendung kommt, wenn der erste Beihilfeantrag vor Ende der Ausbildung gestellt wurde. Der Zeitpunkt der Inanspruchnahme ärztlicher Behandlungen ist dabei unbeachtlich.

#### **Beispiele:**

Kollege A. 27. Studiengang geht im März 2006 zum Zahnarzt. Rechnung vom 1. April für diese Behandlung in Höhe von 200.-€ wird am 15. April bei der Beihilfestelle eingereicht. Da Kollege A zu diesem Zeitpunkt noch Auszubildender (Empfänger von Anwärterbezügen) ist, kommt die Kostendämpfungspauschale (bei A 9 in Höhe von 150.-€) nicht zur Anwendung. Die Beihilfe, bei 50 % 100.-€ wird voll ausbezahlt. Die Befreiung von der Kostendämpfung gilt auch für die weiteren Rechnungen des Jahres 2006.

Kollege A reicht diese Rechnung erst nach dem Ende der Ausbildung Anfang Mai ein. Zu diesem Einreichungszeitpunkt gilt die Befreiung von der Kostendämpfung nicht mehr, da er Bezüge aus A 9 (PK zur Anstellung) erhält. Die Beihilfestelle zahlt nichts, da die bei 50 % zu zahlende Beihilfe 100.-€ voll von der Kostendämpfungspauschale aufgezehrt wird. Die Anrechnung der Kostendämpfungspauschale gilt auch für die folgenden Rechnungen des Jahres 2006, bis die 150.-€ erreicht sind.

**Tipp:** Bei vorliegenden Arztrechnungen oder Rezepten den ersten Beihilfeantrag vor dem Ausbildungsende einreichen und so 150.-€ für 2006 sparen.

### [GdP Internetpräsenz jetzt auch im Intrapol] (von tom)

Die Internetseite der Gewerkschaft der Polizei ist jetzt auch für alle KollegInnen, die nicht über eine Internetberechtigung auf ihrer Dienststelle verfügen, zu erreichen. Intrapol aufrufen und dort die Punkte > *Personal/Führung - Berufsvertretungenen - GdP* wählen. Damit seid ihr gewerkschaftlich immer auf dem neusten Stand.

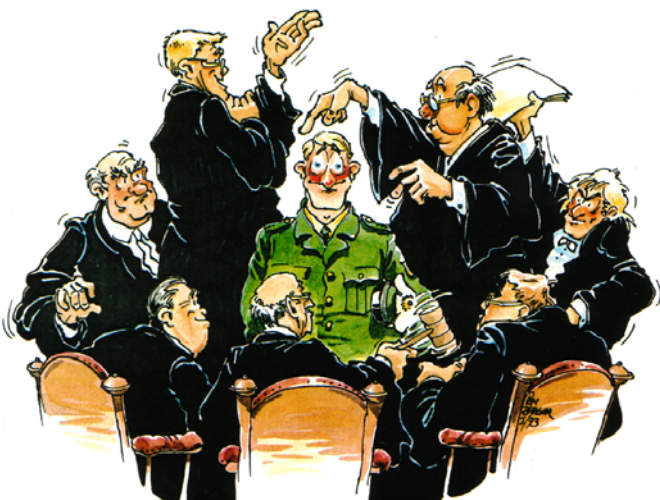
## [Recht auf lange Haare auch für Polizisten] (von christian)

(BVerwG 2 C 3.05 – Urteil vom 2. März 2006)

Ein ministerieller Erlass, der einem Polizeibeamten nur maximal hemdkragenlanges Haar erlaubt ist nicht mit seinem grundrechtlich geschützten Persönlichkeitsrecht vereinbar.

So entschied jüngst das Bundesverwaltungsgericht im März und widerspricht damit überraschend deutlich den Vorinstanzen.

Der Kläger, ein Kollege aus Rheinland Pfalz, trug seine Haar weit über den Hemdkragen hinaus und wurde aufgrund des Rundschreibens des Mdl zum Erscheinungsbild der Polizei von seinem Vorgesetzten aufgefordert seine Haare



entsprechend der Verordnung zu kürzen. Seine Klage gegen die Anordnung blieb bei den Vorinstanzen erfolglos.

Das BVerwG gab der Klage statt. Die Anordnung die Haare kurz zu tragen greift mehr als nur geringfügig in das Persönlichkeitsrecht des Klägers ein, da eine solche Anordnung, anders als z.B. beim Trageverbot von Ketten, Ringen oder Armreifen auch Auswirkung auf den privaten Bereich des Klägers hat.

Daher müssen für eine solche Anordnung, getreu dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, plausible dienstliche Gründe vorliegen. Der Dienstherr und die Vorinstanzen sahen den Erfolg einer polizeilichen Maßnahme durch lange Haare bei einem männlichen Polizeibeamten gefährdet.

Das BVerwG führt dazu folgendes aus:

Das öffentliche Interesse an einer angemessenen Repräsentation des Staates kann Vorgaben für das äußere Erscheinungsbild von Beamten rechtfertigen. Daher können Erscheinungsformen untersagt werden, die womöglich zu einer Minderung des Ansehens und der Akzeptanz des öffentlichen Dienstes führen. Dies gilt in besonderer Weise für uniformierte Polizeibeamte. Hierbei steht dem Dienstherrn ein Einschätzungsspielraum zu. Will er sich auf Umfragen stützen, dürfen diese die Frage der Haarlänge nicht als solche des Geschmacks oder der Schicklichkeit zur Abstimmung stellen. Keinesfalls darf er sich jedoch einem erkennbaren Wandel der Anschauungen verschließen. Ein solcher Wandel ist hinsichtlich der Gestaltung der Haare von Männern zu verzeichnen. Mit der Haartracht werden nicht mehr in gleicher Weise wie früher bestimmte gesellschaftliche Vorstellungen oder nonkonformistische Haltungen verbunden. Lange, deutlich über den Hemdkragen reichende Haare können nicht mehr generell als unseriös oder extravagant angesehen werden. Vielmehr kommt es auf die jeweilige Gestaltung an.

Über die Frage der Vereinbarkeit der früheren Haartracht des Klägers mit dienstlichen Erfordernissen brauchte das Bundesverwaltungsgericht nicht zu

entscheiden. Im Streit stand nur die Anordnung, die Haare auf "Hemdkrägenlänge" zu kürzen.

Es bleibt abzuwarten inwiefern das Urteil weitere Auswirkung auf die sog. Kleiderverordnung der Polizei Rheinland-Pfalz haben wird.

### [Klarstellung] (von tom)

Nein, der Vorschlag für einen neuen Volkssport im Vorwort, ist nicht als Aufforderung gemeint, Wahlplakate abzureißen!

### [Personal] (von tom)

Onka Niemand ist von ihrer Funktion im erst neu gewählten Landesjugendvorstand zurückgetreten. Wir danken für das bisher Geleistete und wünschen alles Gute für den weiteren beruflichen und privaten Weg.

### [Neues Kamerasystem für Polizeihubschrauber in RLP] (von sabrina)

„Vorausschauendes Infrarotsichtsystem“ (Forward Looking Infrared System = FLIR) so bezeichnet sich die neue Kameratechnik in den Polizeihubschraubern.

Das Wärmebildsystem macht Temperaturdifferenzen zur Umgebungstemperatur sichtbar und reagiert dabei auf Differenzen von bis zu 0,5 Grad Celsius bei Tag und Nacht.

Das System kommt einer Neuentwicklung in diesem Bereich gleich und kann zum Beispiel gleichzeitig das Bild der Tageslichtkamera und das Wärmebild auf nur einem Monitor darstellen. Entwickelt wurde das System zusammen mit der Firma Elektroniksystem- und Logistik GmbH (ESG).



### [Arm trotz Arbeit] (von tom)



Und weil wir die aktuelle Ausgabe schon so schön politisch begonnen haben, stellen wir abschließend noch die Initiative „Arm trotz Arbeit“ von ver.di und NGG vor. Mit Polizei hat das auf den ersten Blick wenig zu tun, jedoch sollte mal jeder überlegen, wie sich steigende soziale Armut und der damit verbundene Unmut auf eine Gesellschaft und die innere Sicherheitslage auswirken kann. Im täglichen Dienst fallen z.B. die Heerscharen von Pfandflaschensammlern

auf. Also doch etwas, mit dem man sich mal auseinandersetzen könnte?

Nach Auskunft des Armutsberichts der Bundesregierung nimmt die Armut in Deutschland zu. Als Hauptursache kommt die hohe Arbeitslosigkeit in Betracht. Aber wer würde gerne mit 492 EUR brutto im Monat nach Hause zu gehen? Dies ist der Betrag, der im sächsischen Friseurhandwerk nach Tarif bei Vollzeitbeschäftigung gezahlt wird! In diesem sog. Niedriglohnbereich arbeiten ca. 32 Prozent aller Vollzeitbeschäftigten in Deutschland. Sicherlich ist Verdienst auch eine Frage der Qualifizierung, schließlich sollen sich Schulabschluss, Ausbildung und/oder Studium auch irgendwann mal auszahlen. Es erscheint jedoch wirtschaftspolitisch problematisch, wenn die Einkommen im Niedriglohnsektor im Bereich der Armutsgrenze liegen. Solche Einkommen sind nicht geeignet, die dringend benötigte Kaufkraft in Deutschland zu stärken. Und so geht die Initiative den Weg, einen gesetzlichen Mindestlohn von zunächst 7,50 EUR brutto / Stunde zu fordern. Die soziale Schraube soll so entgegengesetzt bewegt werden. Mehr Verdienst = mehr Kaufkraft = mehr Wirtschaft = mehr Arbeit. Gesetzlich geregelte Mindestlöhne sind in unseren EU-Nachbarstaaten übrigens an der Tagesordnung.

Mehr unter <http://www.mindestlohn.de>